

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Sevim Dağdelen, Jan Korte, Dorothee Menzner, Kornelia Möller, Kersten Naumann und der Fraktion DIE LINKE.

Angemessenes Gedenken an die Beteiligung der Reichsbahn am Holocaust sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein angemessenes und würdiges Gedenken an die Opfer der Beteiligung der Reichsbahn an den Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager zu ermöglichen, in deren bestimmenden Mittelpunkt das Gedenken an die zehntausenden jüdischen Kinder und die Kinder aller anderen Opfergruppen steht, wie dies die französischen und deutschen Initiatoren des Gedenkens seit zwei Jahren fordern. Die Bundesregierung setzt dabei alle zur Verfügung stehenden Mittel ein, um die volle Kooperation der Bahn AG zu gewährleisten.
2. Das hierfür zu entwickelnde und mit den zuständigen Gremien des Bundestages abzustimmende Konzept soll folgende Eckpunkte enthalten:
 - a) Die Ausstellung ist eine Wanderausstellung. Sie wird auf allen zentralen Umsteigebahnhöfen sowie auf allen anderen geeigneten Bahnhöfen der Bahn AG gezeigt.
 - b) Die Ausstellung wird in zentralen Bereichen der Bahnhöfe gezeigt, die für alle Fahrgäste und Besucher leicht zu erreichen sind.
 - c) An der inhaltlichen Konzeption wirken als Kommissionsmitglieder sowohl Vertreter der bestehenden Initiativen in Deutschland als auch Beate und Serge Klarsfeld mit, die die bereits in französischen Bahnhöfen mit großem Erfolg gezeigte Ausstellung „11 000 Kinder“ initiiert haben. Die institutionelle Leitung der Kommission liegt beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
 - d) Zur Ausstellung erscheint ein Begleitheft, das die zentralen Ausstellungsstücke mit Erläuterungen dokumentiert, sich der Rolle der Reichsbahn bei den Deportationen widmet und zeigt, in welchem Maße die Reichsbahn von diesen Deportationen, der Beteiligung am Vernichtungskrieg der Wehrmacht in Ost- und Südosteuropa und der Ausbeutung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern profitiert hat.
 - e) Die Eröffnung der Ausstellung soll am 1. September 2007 sein.

Berlin, den 7. März 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Unter den Hunderttausenden jüdischer Menschen, die während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg aus Frankreich deportiert worden waren, befanden sich auch rund 11 000 Kinder. Ihre Deportation in die Vernichtungslager wäre ohne die aktive Beihilfe der Reichsbahn nicht möglich gewesen.

In Frankreich wird des Schicksals dieser Kinder mit einer Ausstellung gedacht, die bereits an zahlreichen größeren Bahnhöfen zu sehen war. Initiator ist die Organisation „Fils et Filles des Deportés Juifs de France“ (Paris). Die Ausstellung auch auf deutschen Bahnhöfen zu zeigen, wird bislang von der Bahn AG abgelehnt. Diese verweist auf das Nürnberger Bahnmuseum.

Vor über zwei Jahren, zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee, wandten sich Personen aus Wissenschaft, Kunst und Publizistik in einem Offenen Brief an die Deutsche Bahn AG und den Vorstandsvorsitzenden Hartmut Mehdorn: „Eine Marginalisierung der Erinnerung durch Verweis des Ausstellungsgedenkens in das Bahnmuseum Nürnberg lehnen wir ab. Eine solche Präsentation wäre unangemessen, weil nur einer beschränkten Öffentlichkeit zugänglich. Wir möchten Sie bitten, eine in sämtlichen Teilen der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmbare Darstellung des Schicksals der 11 000 Kinder und der übrigen Deportierten im Fahrgastbereich Ihres Unternehmens noch im Laufe dieses Jahres zu ermöglichen. Für diesen Fall bieten wir unsere Unterstützung an.“

Auch von anderer Seite wird die Ausstellung im Nürnberger Bahnmuseum als ungeeignet bezeichnet. In einem Beitrag im Deutschlandfunk wurde geäußert, der Teil, der sich der historischen Verantwortung der Reichsbahn widme, wirke „wie ein lästiger Wurmfortsatz“; es fehle der Bahn „am Mut, der nötig wäre, diese Rolle der Bahn mit demselben Engagement und der gleichen Akribie aufzuarbeiten, mit der man zuvor von Spurbreiten, Dampfromantik und dann von technischer Innovation erzählt hat und erzählt“ (Deutschlandfunk Kultur, Beitrag von Bernd Noack, 4. Dezember 2006).

Obwohl sich in den letzten zwei Jahren zahlreiche Initiativen in Deutschland der Forderung nach der Präsentation der französischen Ausstellung auf deutschen Bahnhöfen angeschlossen und mit Aktionen und Erklärungen für dieses Vorhaben geworben haben, zeigt die Bahn AG nur wenig Kompromissbereitschaft.

Zu der französischen Ausstellung gehören ausführliche Tabellen und Hunderte von Kinderfotos. Serge Klarsfeld konnte 85 Deportationslisten rekonstruieren, auf denen Namen und Geburtsorte festgehalten sind. Die Kinder sollen so der Anonymität entrissen werden. Teile der Ausstellung befinden sich inzwischen im Museum der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem (Israel) und dem Holocaust-Museum in Washington, D. C. Dennoch hält Bahnchef Hartmut Mehdorn laut „DER TAGESSPIEGEL“ (s. o.) daran fest, dass die „von Frau Klarsfeld konzipierte Ausstellung aus fachlicher Sicht als nicht sehr überzeugend angesehen“ werde, ohne zu benennen, auf welches Fachwissen er sich dabei beruft.

Als am 27. Januar 2007, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, auf mehreren Bahnhöfen im Bundesgebiet Demonstrationen für die Ausstellung stattfanden, reagierte die Bahn abwehrend.

In Halle forderten die lokalen Verantwortlichen der Bahn AG die Polizei auf, gegen das dortige Gedenken vorzugehen. Auf den Bahnhöfen Würzburg und Schweinfurt wurde den Veranstaltern untersagt, sich in Redebeiträgen an die Reisenden zu wenden. In Göttingen rissen Bahnbedienstete Fotos und Dokumente der 11 000 deportierten jüdischen Kinder von einer provisorischen Ausstellungswand im dortigen Hauptbahnhof. In Frankfurt am Main verhinderte das Bahn-Management, dass Informationsmaterial an Reisende verteilt werden konnte. Mit Gewalt versuchten Bahnbedienstete Demonstrierenden im Berliner

Hauptbahnhof ein Transparent mit der Aufschrift „Was die DB nicht zeigen will: 11 000 jüdische Kinder – verfolgt, deportiert, ermordet“ zu entreißen (alle Angaben: german-foreign-policy.com vom 29. Januar 2007, „Konsens aufgekündigt“). Es ist offenbar davon auszugehen, dass eine Weisung des Bahnvorstandes zur Unterbindung des öffentlichen Gedenkens ergangen war.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union angetreten und steht auch nach Ende der Ratszeit in einer besonderen, europaweiten Verpflichtung. Diese Verpflichtung ergibt sich aus den während des Zweiten Weltkriegs durch deutsche Unternehmen und Vertreter des Staates begangenen Verbrechen, die zum Erbe der Bundesrepublik Deutschland gehören.

Angesichts der besorgten Berichterstattung in den ausländischen Medien und in Rücksicht auf den angestrebten Börsengang der Bahn wurde der Widerstand durch die Bahn AG am 1. Dezember 2006 zwischenzeitlich zwar aufgegeben, danach aber mit unverminderter Härte wieder aufgenommen. Der Widerstand der Bahn gilt dabei vor allem der Beteiligung von Beate und Serge Klarsfeld an der Ausstellungskonzeption. Wie sowohl der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber den Mitgliedern des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages sowie der Parlamentarische Staatssekretär Achim Großmann in einer schriftlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Volker Beck (Köln) bestätigt haben, sind die deutschen Initiatoren der Gedenkausstellung von der praktischen Konzeption ebenfalls ausgeschlossen.

Ein erfolgreiches Gedenkprojekt kann nur unter Einbeziehung aller relevanten gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere nur durch direkte konzeptionelle Mitwirkung der französischen und deutschen Initiatoren, angemessen und zeitnah gestaltet werden. Gesellschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Basis für jegliches demokratisches Gedenken an die Opfer des Faschismus. Grenzüberschreitendes Zusammenwirken von Bürgerinnen und Bürgern ist in diesem Zusammenhang besonders zu fördern und nicht zu behindern. Das vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angekündigte Ausstellungsvorhaben, das am 27. Januar 2008 eröffnet werden soll, ist ohne die genannte direkte konzeptionelle Mitwirkung insgesamt in Frage gestellt. Durch den bisherigen faktischen Ausschluss der Initiatoren, die der Bahn AG lediglich Material und Hilfskräfte zur Verfügung stellen sollen, aber auf das Ausstellungskonzept keinen bestimmenden Einfluss haben, muss der Verdacht entstehen, dass es der Bahn AG um die Durchsetzung eines eigenen, fragwürdigen Geschichtsbildes geht.

Angesichts dieser Entwicklung hat der Bund als Mehrheitseigentümer der Bahn AG die Verantwortung für das Gedenkprojekt zu übernehmen und es nicht länger der Bahn zu überlassen, wie sie Geschichtspolitik ausgestalten möchte. Der Bundesminister des Innern steht hier in der Verantwortung, gemeinsam mit den bisherigen Initiatorinnen und Initiatoren des Gedenkens an die Bahn-Deportationen zu einer schnellen Lösung zu kommen. Andernfalls riskiert die Bundesregierung im Jahr ihrer EU-Ratspräsidentschaft die Fortdauer eines Konflikts, der im Begriff ist, auch in den Nachbarstaaten für erhebliches Unverständnis zu sorgen.

